



Grünliberale Partei Schweiz

## Medienmitteilung

Thema	<b>Energiestrategie 2050: Grünliberale verlangen ökologische Steuerreform</b>
Für Rückfragen	Martin Bäumle, Parteipräsident, +41 79 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, E-Mail <a href="mailto:schweiz@grunliberale.ch">schweiz@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.grunliberale.ch">www.grunliberale.ch</a>
Datum	18. April 2012

### Massnahmenpaket für die Energiestrategie 2050 ist ungenügend

**Die Grünliberalen sind nur bedingt zufrieden mit den heute vom Bundesrat kommunizierten Massnahmenplan, mit welchem der Atomausstieg realisiert werden soll: der Bundesrat will vorderhand nur mit bestehenden Instrumenten die Weichen für die energiepolitische Zukunft der Schweiz stellen. Der Bundesrat will bereits auf 2020 auf Gaskraftwerken oder Stromimporte zurückgreifen. Die Vorschläge sind insbesondere im Bereich der Energieeffizienz noch ungenügend, Um den notwendigen ökologischen Umbau zu erreichen, braucht es aus grünliberaler Sicht eine ökologische Steuerreform wie die grünliberale Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“, welche die Mehrwertsteuer durch eine Steuer auf nicht-erneuerbare Energien ersetzen will.**

<http://www.energiestattmehrwertsteuer.ch/>

Enttäuschenderweise setzt der Bundesrat im heute publizierten Massnahmenpapier zu stark auf Verbote und Vorschriften (beispielsweise im Gebäudesanierungsbereich) und hofft auch dank der Entwicklung der Energiepreise die Energienachfrage bis 2050 erheblich reduzieren zu können. Der Bundesrat macht aber auch klar, dass mit dem heute verabschiedeten Massnahmenplan die Ziele im Energieverbrauch nur teilweise erreicht würden, weshalb weitere Pakete folgen werden. Diese schrittweise Kommunikation erschwert die Gesamtschau zur Energiewende. Erschreckend ist aber, dass der Bundesrat ohne fehlende Gesamtschau bereits heute damit rechnet, dass bis 2020 mindestens ein Gaskombikraftwerk gebaut werden muss. Dies ist umso unverständlicher, da ohne den beschlossenen Atomausstieg und ohne dieses erste Massnahmenpaket auf 2020 auch kein neues KKW in Betrieb gehen könnte und diese Aussage – es brauche 2020 ein Gaskombikraftwerk – nur belegt, dass Politik und Versorger fast bewusst die Energieeffizienz und die Förderung Erneuerbarer Energien über Jahre hintertrieben haben, um neue Grosskraftwerke zu rechtfertigen.

„Wir brauchen endlich einen ernsthaften Paradigmenwechsel hin zur Energieeffizienz und erneuerbaren Energien. Diesen Wechsel erreichen wir nur mit einer ökologischen Steuerreform“ davon ist Martin Bäumle, Parteipräsident der glp, überzeugt. Bereits im letzten Jahr hat seine Partei die Initiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ lanciert und sammelt weiterhin motiviert Unterschriften – ([hier können Sie unterschreiben](#)). Nur eine Erhöhung der Energiepreise für Nichterneuerbare Energien und eine gleichzeitige Entlastung der Investitionen und des energieeffizienten Konsums von der Mehrwertsteuer setzt ein geeignetes staatsquotenneutrales Marktsignal für die Energiewende und den Klimaschutz. Zudem werden Konsumenten und Wirtschaft insgesamt nicht mehr belastet. Aber im Sinne einer Win-Win-Situation werden Investitionen z.B. in Erneuerbare und Gebäudesanierungen auch ohne Subventionen ökonomisch interessant und schaffen damit die Basis für Aufträge für Gewerbe und Industrie statt Geldabfluss ohne Nutzen für die Bevölkerung und Wirtschaft ins Ausland für Öl, Gas und Uran.

Für die Grünliberalen steht fest, dass der Bund die Umsetzung der Energiewende zu wenig mutig angeht und zu stark in den bestehenden Bahnen verhaftet bleibt. Auch lässt sich der Bundesrat bereits heute das

Hintertürchen offen, mindestens zur temporären Ausgleich von Nachfrageschwankungen Gaskraftwerken zu kompensieren. Die Grünliberalen halten fest, dass die Wasserkraft und insbesondere weiteren Pumpspeicherkraftwerken eine Schlüsselrolle zukommen wird, welche aber eine sorgfältige Abwägung der Interessen zwischen Natur und Energienutzung erfordern wird.

Das Parlament hat im Jahr 2011 den Atomausstieg beschlossen. Die Schweiz hat also in den nächsten 30 Jahren genügend Zeit diese Wende vernünftig herbeizuführen. Unser Land braucht jetzt mutige und innovative Schritte, weshalb sich die Grünliberalen mit aller Vehemenz für eine staatsquoten- und haushaltsneutrale Umsetzung einer ökologischen Steuerreform einsetzen werden.